



**Postulat von Esther Haas, Rita Hofer, Anastas Odermatt, Vroni Straub-Müller und Tabea Zimmermann Gibson
betreffend einer markanten Steigerung der Anzahl Klassen am Kurzzeitgymnasium im Kanton Zug**

(Vorlage Nr. 2934.1 – 16008)

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 28. Mai 2019

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantonsrätinnen Esther Haas, Rita Hofer, Vroni Straub-Müller und Tabea Zimmermann Gibson sowie Kantonsrat Anastas Odermatt reichten am 11. Februar 2019 ein Postulat betreffend einer markanten Steigerung der Anzahl Klassen am Kurzzeitgymnasium im Kanton Zug ein. Der Kantonsrat hat das Postulat am 7. März 2019 an den Regierungsrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

1. Ausgangslage

Der Kanton Zug verfügt über ein breitgefächertes, durchlässiges Bildungsangebot. Dieses steht einer Bevölkerung zur Verfügung, welche ein überdurchschnittliches Bildungsniveau aufweist. Entsprechend gross ist der Drang in die Zuger Maturitätsschulen.

Im Bereich der gymnasialen Maturitätsschulen führt der Kanton Zug zwei Langzeitgymnasien und ein Kurzzeitgymnasium. Das Langzeitgymnasium steht lernstarken und entsprechend motivierten Primarschülerinnen und -schülern offen und schliesst an die 6. Klasse der Primarschule an. Der Eintritt ins Kurzzeitgymnasium erfolgt nach der 2. oder 3. Klasse der Sekundarschule. Das Postulat fordert, mit gezielten Massnahmen das Kurzzeitgymnasium zu stärken und damit das «Übergewicht an Schülerinnen und Schülern» im Langzeitgymnasium zu reduzieren. Tatsächlich treten auf ein neues Schuljahr hin jeweils bedeutend mehr Schülerinnen und Schüler ins Langzeit- als ins Kurzzeitgymnasium ein. Per Schuljahr 2019/20 haben 21,9 % der Schülerinnen und Schüler eine Zuweisung ans Langzeitgymnasium erhalten. Basis dieser Prozentzahl sind die Schülerinnen und Schüler der gemeindlichen Schulen und auch der Privatschulen. Aus den gemeindlichen Schulen alleine beträgt die Zuweisungsquote ans Langzeitgymnasium 24,7 %. Demgegenüber stehen 5,0 %, welche per Schuljahr 2019/20 aus der 2., und 4,2 %, welche aus der 3. Klasse der Oberstufe ins Kurzzeitgymnasium eintreten werden. Die Zuweisungsquote ins Langzeitgymnasium ist in der Tendenz steigend; eine Zuweisungsquote über 20 % scheint zum Regelfall zu werden:

Jahr	Kohorte	Total Zuweisungen (gemeindliche Schulen, Privatschulen, auswärtige Schulen)
2008	1302	18,6 %
2009	1280	19,4 %
2010	1239	19,8 %
2011	1280	18,4 %
2012	1267	18,7 %
2013	1310	20,8 %
2014	1249	18,7 %
2015	1222	20,5 %
2016	1273	20,1 %
2017	1248	18,8 %
2018	1285	21,5 %
2019	1394	21,9 %

Zuweisungsquote ins Langzeitgymnasium (Quelle: Amt für gemeindliche Schulen [AgS])

Unter dem strategischen Ziel «Der Kanton Zug sorgt dafür, dass das Bildungsniveau der Bevölkerung hoch ist» definierte der Regierungsrat das Legislaturziel «Stärkung schulischer Weg über Sekundarschule und Entlastung Langzeitgymnasium» (Legislatur 2015-2018). Entsprechend wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Massnahmen ergriffen, um die Zuweisungsquote ins Langzeitgymnasium zu stabilisieren resp. den schulischen Weg über die Sekundarschule zu stärken. In diesem Kontext ist das Projekt Sek I plus zu nennen, dessen Ziel darin besteht, die Attraktivität der Sekundarschule zu steigern. An der Kantonsschule Menzingen wurde das Profil des Kurzzeitgymnasiums um mathematisch-naturwissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Schwerpunktfächer erweitert, womit für die Schülerinnen und Schüler der Besuch der entsprechenden Schwerpunktfächer auch über den Weg der Sekundarschule ermöglicht wurde. Zu erwähnen ist überdies die Anpassung des Übertrittsverfahrens II, welches von der Sekundarschule in die nachfolgenden Mittelschulen führt: Dieses Verfahren wurde per Schuljahr 2013/14 an das Übertrittsverfahren I, welches an der Schnittstelle von der Primar- in die Sekundarschule steht, angeglichen. Der Angleichung der Verfahren folgte deren Weiterentwicklung hin zu einer stärkeren Selektion an den beiden schulischen Übergängen Primarschule – Langzeitgymnasium und Sekundarschule – Mittelschulen: Mit der reglementarischen Fixierung eines Orientierungswerts (5,2 für den Eintritt in die Gymnasien; 5,0 für den Eintritt in Fachmittelschule und Wirtschaftsmittelschule) im Jahr 2015 wurde das geforderte Leistungsniveau explizit gemacht. Schliesslich wurden kantonale Fachschaften gebildet, in welchen an den schulischen Übergängen Koordinations- und Passungsprobleme zwischen den Schulstufen angegangen und beseitigt werden konnten bzw. können.

Die steigende Eintrittsquote zeigt nun allerdings, dass der Trend zum Besuch des Langzeitgymnasiums mit den bislang ergriffenen Massnahmen nicht gebrochen werden kann. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass die Eintrittsquote weiter steigt. Dies steht im Widerspruch zum strategischen Ziel des Regierungsrats, die Eintrittsquote ins sechsjährige Gymnasium unter 20 % zu stabilisieren.¹ Das Ziel einer solchen Stabilisierung besteht nicht in einer Senkung der Zu-

¹ s. etwa Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 20. Dezember 2011 zur Motion von Arthur Walker und Dominik Lehner betreffend Änderung der Schulgesetzgebung "die Sekundarstufe 1 als gemeindliche Schule" "die kantonalen Gymnasien als Schulen der Sekundarstufe 2" (Vorlage Nr. 2081.1 - 13898), S. 5

ger Maturitätsquote, sondern in deren Festigung auf schweizerischem Durchschnitt². Diese setzt sich aus gymnasialer Matura (Langzeit- und Kurzzeitgymnasium), Berufs- und Fachmatura zusammen. Hingegen soll die Eintrittsquote ans Langzeitgymnasium stabilisiert werden, um den Weg über die gemeindlichen Oberstufen und die daran anschliessenden Bildungsangebote zu stärken. Diese Bildungsangebote umfassen die Berufsbildung mit und ohne Berufsmatura, das Kurzzeitgymnasium sowie die Fach- und Wirtschaftsmittelschule. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die Vielfalt der Bildungswege von hohem Wert ist: einerseits für die Jugendlichen und ihre individuellen Bildungsbiographien, andererseits für den Erfolg und die Stabilität des Werk- und Denkplatzes Schweiz. Die Stabilisierung der Eintrittsquote ans Langzeitgymnasium führt nicht zu einer tieferen Maturaquote, sondern dient der Pflege der Vielfalt unserer Bildungswege.

2. Massnahmen zur Stärkung des Kurzzeitgymnasiums

Das Postulat fordert eine markante Steigerung der Anzahl Klassen am Kurzzeitgymnasium resp. eine markante Gewichtsverschiebung vom Langzeit- zum Kurzzeitgymnasium. Massnahmen, die zu einer markanten Reduktion der Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium führen, lehnt der Regierungsrat ab. Entsprechend äusserte er sich auch in seinem Bericht und Antrag vom 15. Dezember 2015 zur Motion von Silvan Hotz betreffend Umsetzung der Strategie 2015-2018 «Stärkung schulischer Weg über Sekundarschule und Entlastung Langzeitgymnasium» und Überprüfung des Langzeitgymnasiums im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015-2018 (Vorlage Nr. 2466.2 – 15065). Vielmehr verfolgt der Regierungsrat, wie oben erwähnt, das Ziel einer Konsolidierung der Eintrittsquote knapp unter 20 %.

Eine Eintrittsquote bei 20 % eröffnet vielen leistungsstarken und entsprechend motivierten Schülerinnen und Schülern den Besuch des Langzeitgymnasiums und damit die Weichenstellung zu einer akademischen Ausbildung. Aktuell gibt es – darauf wurde bereits in der Beantwortung der Motion von Silvan Hotz hingewiesen – keine Anzeichen, dass in grosser Zahl falsche Schülerinnen und Schüler dem Langzeitgymnasium zugewiesen werden. Eine markante Reduktion der Zuweisungsquote ins Langzeitgymnasium würde unweigerlich dazu führen, dass zahlreiche Schülerinnen und Schüler mit dem Potential, das Langzeitgymnasium erfolgreich zu absolvieren, dieses nicht mehr besuchen könnten.

Es ist nicht für alle Schülerinnen und Schüler bereits in der 6. Primarklasse klar, dass sie der-einst eine akademische Laufbahn einschlagen werden. Deshalb ist es wichtig – wie auch im Postulat dargelegt wird –, dass diese Jugendlichen in der Sekundarschule einen fundierten Berufs- und Studienwahlprozess erfahren können, um so den für sie passenden Weg in Beruf oder Studium zu finden. Sekundarschülerinnen und -schülern stehen alle Wege offen. Der Regierungsrat steht zu einem starken Langzeitgymnasium, er steht aber auch zu einer starken Sekundarschule, welche von vielen leistungsstarken Schülerinnen und Schülern besucht wird. Das vom Regierungsrat deklarierte strategische Ziel, den Weg über die Sekundarschulen zu stärken, ist nur erreichbar, wenn genügend begabte und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler diese besuchen. Je höher die Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium steigt, desto mehr gehen diese Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule verlustig. Die vielfältigen Schweizer Bildungswege sind in ihrer Gesamtheit die beste Antwort auf den Fachkräftemangel. Gerade der Weg über die Sekundarschule und Berufsmatura an die Fachhochschulen ist diesbezüglich von sehr grosser Bedeutung. Entsprechend wird die Stärkung des schulischen Wegs über die Sekundarschulen explizit auch von denjenigen Schulen begrüsst, welche an die Sekundar-

² Ebd.

stufe I anschliessen (Berufsfachschulen, Kurzzeitgymnasium, Fachmittelschule, Wirtschaftsmittelschule).

In der Beantwortung der Motion von Silvan Hotz zeigte sich der Regierungsrat skeptisch gegenüber einer Kontingentierung des Zugangs zum Langzeitgymnasium. Die Argumentation gründete darauf, dass in der Motion von einer Eintrittsquote von «bspw. max. 14 Prozent» die Rede war. Gleichzeitig hielt er aber fest, dass die Einführung eines fixierten Prozentsatzes als Ultima Ratio betrachtet werden würde, sollten die ergriffenen Verlagerungsmassnahmen (Stärkung Sekundarschule im Projekt Sek I plus; Anpassungen der Übertrittsverfahren) nicht die gewünschte Wirkung zeitigen.

Wie vorstehend dargelegt, weist die Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium eine steigende Tendenz auf. Der zunehmende Druck ins Langzeitgymnasium führt dazu, dass die bislang getroffenen Massnahmen nicht die gewünschte Wirkung entfalten. Mögliche weitergehende Massnahmen wären u. a. die Einführung eines das jetzige Übertrittsverfahren ergänzenden Prüfungselements, die Einführung einer Probezeit im Langzeitgymnasium oder der Ersatz des jetzigen Übertrittsverfahrens durch eine Aufnahmeprüfung (welche wiederum in verschiedenen Ausprägungen möglich wäre, z. B. mit oder ohne Berücksichtigung von Vornoten). Hier ist anzumerken, dass auch Instrumente wie eine Aufnahmeprüfung keine Gewähr bieten, dass die Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium bei 20 % stabilisiert werden kann. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass (erhöhter) gesellschaftlicher Druck ins Langzeitgymnasium letztlich jede Massnahme wieder zu kompensieren vermochte.

Vor dem Hintergrund der vorstehenden Ausführungen sieht der Regierungsrat den Zeitpunkt gekommen, die Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium festzuschreiben. Diese soll auf Verordnungsstufe auf dem Niveau der aktuellen Eintrittsquote von Schülerinnen und Schülern, welche aus den gemeindlichen Schulen ins Langzeitgymnasium übertreten, festgesetzt werden. Die Festsetzung einer solchen Eintrittsquote bedingt eine Änderung des Gesetzes über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11).

In der Strategie des Regierungsrats 2019–2026 ist von «leistungsstarken und guten Schulen» die Rede: Die Definition einer Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium trägt dieser Zielsetzung insofern Rechnung, als das Profil des Langzeitgymnasiums nicht durch eine stetig steigende Eintrittsquote aufgeweicht wird und die Sekundarschulen davon profitieren, dass vermehrt leistungsstarke Schülerinnen und Schüler diesen Schultypus besuchen. In der Strategie werden auch das «breite Bildungsangebot» resp. die «vielfältigen Bildungsinstitutionen» genannt. Mit der Definition einer Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium wird das bestehende Bildungsangebot nicht beschnitten, sondern es bleibt – noch klarer profiliert – bestehen. Eine definierte Eintrittsquote schafft letztlich für Kanton und Gemeinden auch eine verlässlichere Basis für Schulraumplanungen.

Die Kostenfolgen einer definierten Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium sind aktuell noch nicht zu beziffern. Weniger Schülerinnen und Schüler am Langzeitgymnasium führen zu mehr Schülerinnen und Schülern an der Sekundarschule und damit zu einer von der definierten Eintrittsquote abhängigen Verlagerung von Kosten vom Kanton zu den Gemeinden. Zur Durchsetzung der fixierten Eintrittsquote werden aller Voraussicht nach zusätzliche Prüfungselemente unumgänglich sein. Entsprechend fallen Kosten für Ausarbeitung und Durchführung solcher das bestehende Übertrittsverfahren ergänzender oder ersetzender Prüfungselemente an. Je nach Ausgestaltung einer solchen Prüfung variieren die Kosten stark.

Folgt der Kantonsrat dem Antrag des Regierungsrats, das Postulat teilerheblich zu erklären, so wird eine Änderung des Gesetzes über die kantonalen Schulen notwendig, in welchem die Kompetenz festgeschrieben wird, auf Verordnungsebene eine Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium zu definieren.

3. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, das Postulat von Esther Haas, Rita Hofer, Anastas Odermatt, Vroni Straub-Müller und Tabea Zimmermann Gibson betreffend einer markanten Steigerung der Anzahl Klassen am Kurzzeitgymnasium im Kanton Zug (Vorlage Nr. 2934.1 – 16008) im Sinne der obigen Ausführungen («Stabilisierung statt markante Reduktion der Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium») als teilerheblich zu erklären.

Zug, 28. Mai 2019

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Stephan Schleiss

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart